



**Die vom Vorarlberger Landtag entsandten
Mitglieder des Bundesrates
Jürgen Weiss, Edgar Mayer, Ing. Reinhold Einwallner,
Dr. Magnus Brunner, und Cornelia Michalke**

Tätigkeitsbericht 2009

Bregenz, im März 2010



Vorarlberg
unser Land

INHALTSVERZEICHNIS:

1. Einleitung	3
2. Die Tätigkeit des Bundesrates im Allgemeinen.....	3
3. Funktionen im Bundesrat.....	8
4. Anträge	11
5. Anfragen	12
6. Wortmeldungen	16
7. Abstimmungsverhalten	19
8. Berücksichtigung von Landtagsentschließungen	20
9. Schlussbemerkungen	21

1. EINLEITUNG:

In Fortführung der mit dem Jahr 2000 begonnenen jährlichen Tätigkeitsberichte legen die vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte für das Jahr 2009 nunmehr den **zehnten Jahresbericht** über ihre Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung und die Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollrechte vor. Wenngleich die Wahl der Mitglieder des Bundesrates durch den Landtag wegen des in Art. 56 Abs. 1 B-VG festgelegten freien Mandates mit keiner rechtlichen oder politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem entsendenden Landtag verbunden ist, halten wir es für zweckmäßig, über unsere Tätigkeit dem Landtag gegenüber regelmäßig Bericht zu erstatten. Wir sehen darin weiterhin auch einen Anstoß, dass Tätigkeitsberichte nicht nur von den Organen der Vollziehung verlangt werden, sondern im Bereich aller gesetzgebenden Körperschaften von den Abgeordneten auch selbst vorgelegt werden sollen.

Die Tätigkeit des Bundesrates kann ebenso wie die gesamte Bundesgesetzgebung im Internet auf den Homepages des Parlaments (<http://www.parlament.gv.at>) genau nachvollzogen werden, wobei auch sämtliche parlamentarischen Materialien und die Sitzungsprotokolle einsehbar sind sowie die Bundesratssitzungen live mit verfolgt werden können.

2. DIE TÄTIGKEIT DES BUNDESRATES IM ALLGEMEINEN:

Sitzungen 764 bis 780	17
Zugewiesene Gesetzesbeschlüsse.....	150
hievon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B- VG.....	3
dazu Einspruchsanträge	0
hievon Einsprüche	0
hievon Nichtbeeinspruchungsbeschlüsse	147
hievon Kundmachung nach Fristablauf ohne Beschluss	0
Staatsverträge.....	47

hievon Zustimmung nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2B-VG (einfache Mehrheit)	24
hievon Zustimmung nach Art. 50 Abs. 2 Z.3 B-VG (2/3-Mehrheit)	2
15a-Vereinbarungen	2
Berichte der Bundesregierung.....	27
Berichte der Volksanwaltschaft	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung.....	0
Erklärungen und Wortmeldungen von Landeshauptmännern.....	1
Schriftliche Anfragen	81
davon Dringliche Anfragen.....	2
Fragestunden	11
Selbständige Entschließungsanträge.....	1
Gesetzesanträge an den Nationalrat	1
Sitzungen des EU-Ausschusses	8
Entscheidungen des EU-Ausschusses	10
Enqueten	3
Bundesversammlung	0
Gemeinsame Sitzungen von Nationalrat und Bundesrat	1

Auf Grund der Kärntner, Oberösterreichischer und Vorarlberger Landtagswahlen ergab sich eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse bei den Fraktionen im Bundesrat. War bis dahin die SPÖ die stimmenstärkste Fraktion im Bundesrat, so konnte die ÖVP durch die Stimmenzugewinne bei den Landtagswahlen die Mandatsmehrheit übernehmen. Auf das Abstimmungsverhalten hat dies jedoch keine Auswirkungen, weil die Regierungsparteien im Bundesrat über eine große Mehrheit verfügen (52 von 62 Mandaten).

Im Detail stellen sich die Änderungen wie folgt dar: Bei der Kärntner Wahl verlor die SPÖ ein Mandat an die ÖVP. Bei der Vorarlberger Landtagswahl verlor die SPÖ ihr

Mandat an die FPÖ. Bei der Oberösterreichischen Landtagswahl verlor die SPÖ ein Mandat an die FPÖ und ein Mandat an die ÖVP. Dies bewirkt auch, dass die FPÖ wieder mit Fraktionsstärke im Bundesrat vertreten ist und somit ihre Rechte in der Präsidiäle wahrnehmen kann. Die ÖVP stellt aus allen Bundesländern wieder einen Mandatar/in. Die SPÖ Vorarlberg ist nicht mehr im Bundesrat vertreten.

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	BZÖ	FRITZ	GESAMT
Burgenland	1	2					3
Kärnten	1	1			2		4
Niederösterreich	7	3	1	1			12
Oberösterreich	6	3	1	1			11
Salzburg	2	2					4
Steiermark	4	5					9
Tirol	3	1	1				5
Vorarlberg	2		1				3
Wien	2	7	1	1			11
Summe	28	24	4	3	2	1	62

Eine **Erklärung** gemäß § 38 Abs. 3 GO-BR gab aus Anlass des Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz am 5. November 2009 der Landeshauptmann von Burgenland **Hans Niessl** zum Thema "Regionalität – Erfolgsrezept für die Zukunft" ab.

Die zwei an die Bundesregierung bzw. an den Gesundheitsminister gerichteten **Entschlüsse**n betrafen folgende Themen:

1. Entschließung der Bundesräte Mag. Susanne Neuwirth, Ludwig Bieringer Kolleginnen und Kollegen vom 09.02.2009, betreffend Adipositas-Prävention und - Intervention für Kinder und Jugendliche (176/A(E)-BR/2009)

2. Entschließung der Bundesräte Grimmling, Mayer, Beer, Dr. Kühnel vom 05.06.2009 betreffend Ausstellung von Reisepässen für Kinder und Jugendliche (221/UEA-BR/2009)

Der **EU-Ausschuss** übermittelte im Rahmen des Subsidiaritätsprüfungsverfahrens zu folgenden 10 Dokumenten der EU-Kommission eine Ausschussfeststellung:

1. Richtlinie des EP und des Rates über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Transplantation bestimmte menschliche Organe (03.02.2009)

2. Stellungnahme zu Vorhaben der EU, die der Umsetzung der zweiten Phase eines gemeinsamen europäischen Asylsystems, wie es das Haager Programm 2004 vorsieht, dient. (03.02.2009) Dabei handelt es sich einerseits um die

- Eurodac-Verordnung zur elektronischen Erfassung, Weiterverarbeitung und Übermittlung von Fingerabdrücken, andererseits um eine
- Verordnung, in der Kriterien festgelegt werden, wer für die Prüfung der Asylverfahren zuständig ist, sowie die
- Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von AsylwerberInnen in den Mitgliedsländern. (03.03.2009)

3. betreffend umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen (06.05.2009)

4. Änderung der Richtlinie des EP und des Rates über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (06. 05. 2009);

5. betr. Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kinder sowie der Kinderpornographie (06.05.2009)

6. Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des EP und des Rates über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz (03.06.2009)

7. Richtlinie des EP und des Rates zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (21.07.2009)
8. Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates über das Recht auf Verdolmetschung und Übersetzung von Strafverfahren (03.09.2009).
9. Stellungnahme betreffend Mitteilung der Kommission an das EP und den Rat betreffend „Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Dienste der Bürger“ 20.10.2009) .
10. Stellungnahme betreffend eine Verordnung des EP und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (01.12.2009)

Bei den drei nach Art. 44 Abs. 2 B-VG wegen eines Eingriffs in Länderzuständigkeiten mit Zweidrittelmehrheit **zustimmungspflichtigen Gesetzesbeschlüssen** handelte es sich um:

1. Änderung des Bundesbezügegesetzes und des Bezügegesetzes (610/A und 209 d.B. sowie 8113/BR d.B. 771. Sitzung; einstimmig)
2. Änderung des Ökostromgesetzes (686/A und 272 d.B. sowie 8176/BR d.B. und 8180/BR d.B. 776. Sitzung; mehrheitlich)
3. Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes und das Bundesgesetzes über den Umweltsenat (USG-Novelle 2009) (395 d.B. und 423 d.B. sowie 8206/BR d.B. 779 Sitzung; mehrheitlich)

Bei den 24 gemäß Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG **mit einfacher Mehrheit**

zustimmungspflichtigen Staatsverträgen handelte es sich um sogenannte Doppelbesteuerungsabkommen.

Der Bundesrat hat im Berichtsjahr insgesamt **3 parlamentarische Enqueten abgehalten**. Diese befassten sich mit den Themen

"Sozialpartnerschaft im 21. Jahrhundert" (9/VER-BR/2009)

"Aktuelle Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit" (10/VER-BR/2009)

„Hearing der Bewerberinnen und Bewerber um die Stelle eines Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes (11/VER-BR/2009)

Gedenkveranstaltung

Die Gedenkveranstaltung des NR und BR im Parlament am 5. Mai 2009 widmete sich zwei Schwerpunkten. Unter dem Titel "Gedenken ist mehr als Erinnerung – Vom 'Begräbnis der menschlichen Würde' zur Unteilbarkeit der Menschenrechte" wurde zum einen die Gedenkkultur in Österreich einer kritischen Analyse unterzogen und zum anderen an die Gründung des Europarats vor genau 60 Jahren erinnert.

3. FUNKTIONEN IM BUNDESRAT:

Jürgen Weiss übte bis zu seinem Ausscheiden am 30.04.2009, die Funktion des Vizepräsidenten im Bundesrat aus. Alle Fraktionen würdigten Präsident Jürgen Weiss bei seiner Abschiedsrede am 16.04.2009 im Bundesrat als großen Staatsmann, Föderalist und vorbildlichen Vorarlberger Mandatar, der in hervorragender Weise die Interessen des Bundesrates vertreten hat.

Ing. Reinhold Einwallner übte sein Mandat bis zum 13.10.2009 aus.

Dr. Magnus Brunner vertritt Vorarlberg als Nachfolger von Präsident Jürgen Weiss seit 08.05.2009 im Bundesrat.

Cornelia Michalke wurde am 14.10.2009 im Bundesrat angelobt.

Die Bundesräte waren in den Ausschüssen des Bundesrates und sonstigen Funktionen während des Jahres 2009 wie folgt vertreten:

BR Jürgen Weiss bis 30.04.2009

Ausschuss für Verfassung und Föderalismus (Vorsitzender) bis 30.04.2009
EU-Ausschuss (stellvertretender Vorsitzender)
Unvereinbarkeitsausschuss (Mitglied)

Geschäftsordnungsausschuss (Ersatzmitglied)
Ausschuss für innere Angelegenheiten (Ersatzmitglied)
Ständiger gemeinsamer Ausschuss nach § 9 F-VG (Ersatzmitglied)

Als Vizepräsident beratende Stimme in allen Ausschüssen
Vorsitzender der parlamentarischen Freundschaftsgruppe mit der Schweiz
Mitglied des Präsidiums des ÖVP-Parlamentsklubs
Mitglied des EDV-Beirats der Parlamentsdirektion

BR Edgar Mayer:

Ausschuss für Verfassung und Föderalismus (Vorsitzender ab 08.05.2009)
Finanzausschuss (stellvertretender Vorsitzender)
Gesundheitsausschuss (stellvertretender Vorsitzender)
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Schriftführer)
Ausschuss für Familie und Jugend (Mitglied)
Gesundheitsausschuss (Mitglied)
Ausschuss für innere Angelegenheiten (Mitglied)
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (Mitglied)
Ständiger gemeinsamer Ausschuss nach § 9 F-VG (Mitglied)

Ausschuss für Sportangelegenheiten (Ersatzmitglied)
Ausschuss für Verkehr, Innovation und Technologie (Ersatzmitglied)
Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (Ersatzmitglied)
EU-Ausschuss (Ersatzmitglied)

Landesverteidigungsausschuss (Ersatzmitglied)
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen (Ersatzmitglied)
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung (Ersatzmitglied)

BR Ing. Reinhold Einwallner bis 13.10.2009

Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen (Vorsitzender bis 13.10.2009)
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit (stellvertretender Vorsitzender)
Unvereinbarkeitsausschuss (Schriftführer)
Ausschuss für innere Angelegenheiten (Mitglied)
Ständiger gemeinsamer Ausschuss nach § 9 F-VG (Mitglied)

Finanzausschuss (Ersatzmitglied)
Gleichbehandlungsausschuss (Ersatzmitglied)
Justizausschuss (Ersatzmitglied)
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus (Ersatzmitglied)

BR Dr. Magnus Brunner seit 08.05.2009

Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (Mitglied)
EU-Ausschuss (Mitglied)
Unterausschuss des Verfassungsausschusses des NR zur Verwaltungsreform
(Mitglied)

Ständiger gemeinsamer Ausschuss nach § 9 F-VG (Ersatzmitglied)
Ausschuss für innere Angelegenheiten (Ersatzmitglied)
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus (Ersatzmitglied)
Finanzausschuss (Ersatzmitglied)
Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates (Ersatzmitglied)
Justizausschuss des Bundesrates (Ersatzmitglied)
Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (Ersatzmitglied)

BR Cornelia Michalke seit 14.10.2010

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (Mitglied)
Ausschuss für Familie und Jugend (Mitglied)
Ständiger gemeinsamer Ausschuss nach § 9 F-VG (Mitglied)

Ausschuss für innere Angelegenheiten (Ersatzmitglied)
Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur (Ersatzmitglied)
EU-Ausschuss (Ersatzmitglied)

4. ANTRÄGE:

Folgende aus Vorjahren stammende Anträge von Vorarlberger Bundesräten wurden mangels Mehrheit für eine Beschlussfassung vom Bundesrat nach wie vor noch nicht abschließend behandelt:

- Antrag 93/A vom 17. Juni 1996 (Weiss, Giesinger u.a.)
betr. Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes und des Finanz-
Verfassungsgesetzes (Ausweitung der Rechte des Bundesrates)
- Antrag 126/A vom 9. März 2001 (Weiss, Hagen, Giesinger) betr. Änderung des
Wohnbauförderungsgesetzes 1984, des Wohnhaussanierungsgesetzes und des
Gebührengesetzes 1957 (der Antrag zielt auf eine Bindung der
gerichtsgebührenbefreiung an die Gewährung von Wohnbauförderung)
- Antrag 163/AE vom 20. Juli 2007 (Mit Antragsteller Ing. Einwallner) betr.
flankierende Maßnahmen zur Ausweitung der Öffnungszeiten
- Am 17. Juni 2008 wurde der Gesetzesantrag 169/A betr. Änderung des Ehegesetzes
und des Strafgesetzbuches zur Verhinderung von Zwangsehen eingebracht.

Folgende vom Bundesrat einstimmig gefasste Entschlüsse gingen auf Anträge
von Vorarlberger Bundesräten zurück:

1. Entschlüsselung der Bundesräte Grimmling, Mayer, Beer, Dr. Kühnel vom 05.06.2009
betreffend Ausstellung von Reisepässen für Kinder und Jugendliche (einstimmig)

2. Die EntschlieÙung vom 8. Oktober 2008 (E-232; einstimmig)
betr. Unterstützung der Bewerbung der Volksanwaltschaft um den Sitz des
Generalsekretariats des Internationalen Ombudsmann-Institutes in Wien
(Antragsteller Einwallner und Mayer) **wurde 2009 umgesetzt.**

5. ANFRAGEN:

Gemeinsam eingebrachte schriftliche Anfragen:

- 1) Anfrage an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie der BR
Jürgen Weiss, Edgar Mayer, Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen und
Kollegenbetreffend Schließung von Postämtern (2453/AB-BR/09 zu 2656/J-BR/09)

- 2) Anfrage der BR Jürgen Weiss, Edgar Mayer, Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen
und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend betreffend
Umsetzung der EU Dienstleistungsrichtlinie (2655/J-BR/09)

- 3) Anfrage an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie der BR
Jürgen Weiss, Edgar Mayer, Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Alkoholgrenze bei Bootsführern auf dem Bodensee (2454/ABBR/ 09 zu
2657/J-BR/09)

- 4) Anfrage an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der
BR Jürgen Weiss, Edgar Mayer, Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Erhöhung des Bundesbeitrages für die Fachhochschulförderung
(2456/ABBR/ 09 zu 2661/J-BR/09)

- 5) Anfrage der BR Jürgen Weiss, Edgar Mayer, Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen
und Kollegen an den Bundesminister für europäische und internationale
Angelegenheiten betreffend Doppelstaatsbürgerschaften Österreich-Türkei (2662/J-
BR/09)

- 6) Anfrage der BR Jürgen Weiss, Edgar Mayer, Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen
und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend
Abendschulen des Bundes (2663/J-BR/09)

7) Anfrage der BR Jürgen Weiss, Edgar Mayer, Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Gesundheit betreffend Maßnahmen gegen Folsäuremangel in der Schwangerschaft (2664/J-BR/09)

8) Anfrage der BR Ing. Reinhold Einwallner, Dr. Magnus Brunner, Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Käseimitate (2702/J-BR/09)

9) Anfrage der BR Edgar Mayer, Dr. Magnus Brunner, Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Sanierung beziehungsweise Erweiterung beim landesgerichtlichen Gefangenenhaus in Feldkirch (2710/J-BR/09)

Einzelne eingebrachte schriftliche Anfragen:

1) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Gesundheit betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Vorarlberg (2668/J-BR/09)

2) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Vorarlberg (2669/J-BR/09)

3) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend Leistungen des Ressorts für das Bundesland Vorarlberg (2670/J-BR/09)

4) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Vorarlberg (2679/J-BR/09)

5) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Vorarlberg (2680/J-BR/09)

6) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Vorarlberg (2681/J-BR/09)

7) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Investitionen in Vorarlberg (2682/J-BR/09)

8) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport betreffend Leistungen des Ressorts für das Land Vorarlberg (2683/J-BR/09)

9) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Vorarlberg (2688/J-BR/09)

10) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Vorarlberg (2689/J-BR/09)

11) Anfrage der BR Edgar Mayer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend Förderungen, Aufwendungen, Projekte und sonstige Leistungen des Ressorts für das Bundesland Vorarlberg (2690/J-BR/09)

12) Anfrage der BR Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Hangrutschung in Doren (2724/J-BR/09)

Mündliche Anfragen in den Fragestunden (11):

765. Sitzung vom 05.02.2009 mit dem Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Mayer betr. Maßnahmen für die Beschäftigten in der Kurzarbeit (1641/M- BR 09)

769. Sitzung vom 16.04.2009 mit dem Bundesminister für Finanzen

Einwallner betr. Maßnahmen zur Entlastung von Beziehern kleiner Einkommen
(1660/M- BR 09)

Einwallner betr. Beschleunigung bei Zuteilung von AWS Mitteln (1663/M- BR 09)

770. Sitzung vom 08.05.2009 mit dem Bundesminister für Gesundheit

Mayer betr. Maßnahmen im Bereich der Frauengesundheit (1673/M- BR 09)

771. Sitzung vom 05.06.2009 mit der Bundesministerin für Inneres

Einwallner betr. Konflikte innerhalb von Religionsgemeinschaften (1677/M- BR 09)

772. Sitzung vom 02.07.2009 mit dem Bundesminister für europ. und internat.
Angelegenheiten

Einwallner betr. Anerkennung des iranischen Wahlergebnisses durch die EU
(1686/M- BR 09)

776. Sitzung vom 08.10.2010 mit dem Bundesminister für Land- u. Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft

Einwallner betr. Maßnahmen für die Substanzerhaltung im Bereich der
Liegenschaftsverwaltung (1691/M- BR 09)

779. Sitzung vom 03.12.2009 mit der Bundesministerin für Unterricht, Kunst u. Kultur

Michalke betr. Sanktionen bei Nichtinanspruchnahme der sprachl. Frühförderung
(1712/M- BR 09)

780. Sitzung vom 18.12.2009 mit der Bundesministerin für Frauen u. öffentl. Dienst

Michalke betr. Maßnahmen gegen Verschlechterung des Lohnniveaus bei Frauen
(1716/M- BR 09)

Michalke betr. Maßnahmen im Gender Budgeting (1720/M- BR 09)

Mayer betr. Modernisierungsvorhaben bei den Reisegebühren im öffentl. Dienst
(1722/M- BR 09)

6. WORTMELDUNGEN:

BR Jürgen Weiss:

764. Sitzung vom 27.01.2009

- Bundesministeriengesetz 2008

766. Sitzung vom 03.03.2009

- Europa- Wählererevidenzgesetz

767. Sitzung vom 13.03.2009

- EU- Finanzvollstreckungsgesetz

769. Sitzung vom 16.04.2009

- Abschiedsrede

Anmerkung: Die Funktion des Vizepräsidenten führt wegen des turnusmäßigen Wechsels in der Vorsitzführung zu einer Verringerung der Möglichkeiten, das Wort zu ergreifen.

BR Ing. Reinhold Einwallner:

767. Sitzung vom 13.03.2009

- Schifffahrtsgesetz

769. Sitzung vom 16.04.2009

- Sicherheitsbericht 2007
- Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft 2007

776. Sitzung vom 08.10.2009

- 32. Bericht der Volksanwaltschaft 2008

BR Edgar Mayer:

764. Sitzung vom 27.01.2009

- Pass- und Gebührengesetz

765. Sitzung vom 05.02.2009

- Sozialbericht 2007- 2008

766. Sitzung vom 03.03.2009

- Beschäftigungsförderungsgesetz 2009

767. Sitzung vom 13.03.2009

- Übertragung von Bundesbeteiligungen in das Eigentum der ÖIAG
- Schifffahrtsgesetz

768. Sitzung vom 26.03.3009

- Asyl- Fremdenpolizeigesetz 2005, Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz
- Wertpapieraufsichtsgesetz 2007, Bankwesensgesetz

769. Sitzung vom 16.04.2009

- Sicherheitsbericht 2007

770. Sitzung vom 08.05.2009

- Tätigkeitsbericht Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof 2007

771. Sitzung vom 05.06.2009

- Entschädigungsfondsgesetz
- Budgetbegleitgesetz 2009

772. Sitzung vom 02.07.2009

- Erhöhung der Quote beim Währungsfonds
- Blutsicherheitsgesetz 1999
- Zahlungsdienstegesetz, Änderung Bankwesensgesetz, Finanzmarktbehördengesetz

773. Sitzung vom 10.07.2009

- Bundesbezügegesetz

774. Sitzung vom 23.07.2009

- Beamten Dienstrechtsgesetz, Vertragsbedienstetengesetz
- Einkommensteuergesetz
- Arbeitsmarktpaket 2009

775. Sitzung vom 03.09.2009

- Amtshilfe- Durchführungsgesetz

776. Sitzung vom 08.10.2009

- Änderung Bundes- Verfassungsgesetz

777. Sitzung vom 05.11.2009

- Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz
- Übereinkommen des Europarates zur Verhütung von Terrorismus

779. Sitzung vom 03.12.2009

- Registerzählungsgesetz
- GuKG Novelle 2009

780. Sitzung vom 18.12.2009

- Medizin- und Arzneimittelgesetz
- Bankwesen- Sparkassen- und Investmentfondsgesetz
- Strafgesetzbuch, Strafvollzugsgesetz, Strafprozessordnung
- 2. Dienstrechtsnovelle 2009
- Anti- Dopinggesetz- Bundesgesetz 2007

BR Dr. Magnus Brunner

771. Sitzung vom 05.06.2009

- Budgetbegleitgesetz 2009

776. Sitzung vom 08.10.2009

- Ökostromgesetz

779. Sitzung vom 03.12.2009

- Bundesverfassungsgesetz und Bundesgesetz über den Umweltsenat

BR Cornelia Michalke778. Sitzung vom 23.11.2009

- Dringliche Anfrage betr. aktuelle Situation an den österr. Universitäten

779. Sitzung vom 03.12.2009

- Konsulargebührengesetz

780. Sitzung vom 18.12.2009

- Kinderbeistandsgesetz
- Abkommen Königreich Bahrain auf dem Gebiete von Steuern vom Einkommen und Vermögen

7. ABSTIMMUNGSVERHALTEN:

Der Bundesrat fasste im Berichtsjahr 150 Beschlüsse. Zu einem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten der Vorarlberger Bundesräte kam es bei 2 spezifischen die Interessen des Landes tangierenden Gesetzen.

1. Budgetbegleitgesetz 2009 u.a. Bundesgesetz über einen Kassenstrukturfonds für die Gebietskrankenkassen (Krankenkassen-Strukturfondsgesetz) (Gegenstimmen u.a. Dr. Brunner und Mayer in der 761. Sitzung vom 05. Juni 2009). Kritik an der Auflösung des Strukturfonds kam auch von BR Einwallner, er stimmte allerdings für das Budgetbegleitgesetz 2009.

2. Sozialrechts-Änderungsgesetz 2009 – 4. SRÄG 2009 in Bezug auf die Abänderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, und der daraus resultierenden Abschaffung der unmittelbaren Aufsicht durch den Landeshauptmann bei der GKK Vorarlberg. (Gegenstimmen Dr. Brunner, Mayer und Michalke in der 780. Sitzung vom 18. Dezember 2009)

3. Durch die Wahrnehmung der Interessen der freiheitlichen Partei durch Cornelia Michalke kommt es logischerweise vermehrt zu einem gegenteiligen Stimmverhalten zu den Gesetzesvorschlägen der Regierungsparteien. Eine Aufzählung der in der Minderheit bleibenden Einsprüche bzw. ein dokumentieren des Stimmverhaltens würden den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Auch das im Interesse des Landes intensiv genutzte Interpellationsrecht durch parlamentarische Anfragen wurde in vielen Fällen gemeinsam ausgeübt. Das ist nicht zuletzt auch deshalb wichtig, weil solche Anfragen ebenso wie Anträge nur von mindestens drei Bundesräten gemeinsam eingebracht werden können.

Den zwei nach Art. 44 Abs. 2 B-VG wegen der Betroffenheit von Länderzuständigkeiten zustimmungspflichtigen Gesetzesbeschlüssen wurde gemeinsam zugestimmt.

Keine Einwände lagen auch zu den insgesamt vierungszwanzig nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG zustimmungspflichtigen Staatsverträgen vor, sodass auch ihnen gemeinsam zugestimmt wurde.

8. BERÜCKSICHTIGUNG VON LANDTAGSENTSCHLIESSUNGEN:

Die vom Vorarlberger Landtag im Jahr 2009 gefassten Entschlüsse zu Fragen der Bundesgesetzgebung oder Bundesvollziehung wurden - abgesehen von Debattenbeiträgen und zahlreichen informellen Vorstößen – bei Bedarf zum Anlass für parlamentarische Anfragen oder Anträge genommen, über deren Ergebnis jeweils dem Landtagspräsidenten und den Landtagsfraktionen berichtet wurde.

Gegenüber früher hat sich die unmittelbare Reaktion der betroffenen Bundesministerien

auf Landtagsentschlüssen wesentlich verbessert, sodass sich parlamentarische Vorstöße auf jene Fälle beschränken können, die eine besondere Bedeutung haben oder in denen eine Stellungnahme zeitlich oder inhaltlich nicht befriedigend ausgefallen ist.

Im Berichtsjahr wurden wie in den Vorjahren vom Landtag keine Entschlüsse gefasst, mit denen (unter Beachtung des freien Mandats) Erwartungen für das Abstimmungsverhalten im Bundesrat ausgedrückt worden wären.

Die am 3. Oktober 2007 an die Landesregierung gerichtete Entschlüsse, gegenüber dem Bund im Zuge der angekündigten Staatsreform eine Stärkung des Bundesrates als echte Länderkammer zu vertreten, hatte im Landtag nur teilweise Einvernehmen gefunden, sodass die Unterstützung in Form eines gemeinsamen Gesetzesantrages noch nicht möglich war. Nachdem dazu auch zwischen den Landtagen unterschiedliche Auffassungen bestehen, konnte auch mit Vertretern anderer Länder bisher noch kein Einvernehmen hergestellt werden.

9. SCHLUSSBEMERKUNGEN:

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich der Zahl der Sitzungen wesentlich erhöht, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass häufig nur wenige Punkte auf der Tagesordnung sind, die jedoch zum Teil auch dringlichen Charakter hatten. Andererseits werden vom NR in geringerer Anzahl Gesetzesbeschlüsse gefasst.

Wie in den Vorjahren kann aus unserer Sicht auch für das Jahr 2009 festgestellt werden, dass die Interessen des Landes in dem vorgegebenen verfassungsrechtlichen Rahmen im Bundesrat nach besten Kräften, weitgehend gemeinsam und daher auch wirkungsvoll vertreten wurden. Dabei ist ergänzend zu berücksichtigen, dass sich dieser Einsatz keineswegs nur auf den Bundesrat selbst beschränkt, sondern Anliegen des Landes auch in die Teilnahme an der Willensbildung der jeweiligen Parlamentsklubs sowie in direkte Vorstöße bei Bundesministerien einfließen und zudem vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Kontakten mit Bundesstellen Unterstützung vermittelt werden kann.

Die Absicht, mit dem Tätigkeitsbericht an den Landtag in anderen Ländern Nachahmung zu finden, bringt nur langsam Fortschritte. Immerhin ist inzwischen in Oberösterreich ein ähnlicher Bericht zur Regel geworden und auch im Salzburger Landtag haben die Bundesräte im Oktober 2008 erstmals einen solchen Bericht vorgelegt, nachdem sie mit EntschlieÙung vom 18. April 2007 einstimmig darum ersucht worden waren.

Auch eine fraktionsübergreifende Vertretung der Landesinteressen ist über Vorarlberg hinaus nach wie vor kaum festzustellen. Beides hängt vermutlich damit zusammen, dass die Länder durchwegs wenig Interesse daran bekunden, während in Vorarlberg eine enge Zusammenarbeit mit dem Landtag und der Landesregierung gegeben ist.

Wenngleich Vorarlberg im Bundesrat nur mit drei von insgesamt 62 Mitgliedern vertreten ist, lag das Engagement bei parlamentarischen Initiativen sowie bei den Wortmeldungen auch im Jahr 2009 weit über dem Durchschnitt. So stammte beispielsweise im Berichtsjahr mehr als jede vierte parlamentarische Anfrage an Mitglieder der Bundesregierung aus Vorarlberg. Dabei ist zu bedenken, dass die Mitglieder des Bundesrates im Gegensatz zu den Nationalratsabgeordneten über keine parlamentarischen Mitarbeiter verfügen, sondern weitgehend auf sich allein gestellt sind.

Die Diskussionen über die Aufgaben und Struktur des Bundesrates waren auch im Berichtsjahr von entweder bloÙ allgemeinen Forderungen oder im Detail gegensätzlichen Standpunkten geprägt, die im Kern der Sache selbst unter den Ländern unterschiedlich beurteilt werden.

Auch dem Regierungsprogramm der Bundesregierung lassen sich keine Anhaltspunkte dafür entnehmen, dass in diesem Bereich ein politischer Konsens gefunden werden könnte. Umso wichtiger wäre eine intensivere sowie eigenständigere Nutzung der bereits vorhandenen und keineswegs unbeachtlichen Möglichkeiten, die ihrerseits allerdings eine stärkeres Interesse der Länder und eine ausreichende politische Rückendeckung der betroffenen Landtagsfraktionen voraussetzt.

Eine neue Aufgabe hat der Bundesrat durch die einen Teil des Vertrages von Lissabon darstellenden Protokolle über die Rolle der nationalen Parlamente sowie

über die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Die Landtage sind nämlich nicht direkt in das Subsidiaritätsprüfungsverfahren oder in die Möglichkeit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof eingebunden, sondern nur im Wege des Bundesrates, dem damit eine wichtige Koordinierungsfunktion zwischen den Landtagen und dem Nationalrat zukommt.

Wenngleich diese Protokolle wegen der nicht in allen Mitgliedsstaaten der EU abgeschlossenen Ratifizierung noch nicht anwendbar waren (Umsetzung durch Tschechien im Dezember 2009), hat die EU-Kommission bereits mit 1. September 2006 begonnen, alle Verordnungs- und Richtlinienentwürfe sowie verschiedene sonstige Dokumente (Beschluss- und Entschließungsentwürfe, Berichte und Beratungsergebnisse, Grünbücher und Weißbücher) nicht nur dem Europäischen Parlament und dem Rat zu übermitteln, sondern gleichzeitig auch den nationalen Parlamenten. Im Jahr 2009 handelte es sich um 1548 derartige Dokumente.

Darüber werden nach einer groben Sichtung durch die Parlamentsdirektion alle Nationalräte und Bundesräte mit Newslettern informiert, der auch den Landtagen übermittelt wird. Damit verbunden ist die Möglichkeit, auf die EU-Datenbank der Parlamentsdirektion zuzugreifen. Neben eigenen Anträgen sind auch die gemeinsamen Länderstellungnahmen (die bisher ausschließlich von den Landesregierungen kamen) Gegenstand von Beratungen im EU-Ausschuss des Bundesrates und führen zu Ausschussfeststellungen gegenüber der EU Kommission, zu denen diese dann durchwegs Stellung nimmt.

Die Landtagspräsidentenkonferenz sowie der Gemeindebund und der Städtebund werden von den Sitzungen des EU-Ausschusses verständigt und haben die Möglichkeit, daran mit beratender Stimme teilzunehmen.

Die bisher damit gemachten Erfahrungen sind ermutigend, zeigen aber auch die Notwendigkeit auf, die durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages die innerstaatlichen Rechtsgrundlagen anzupassen, die administrativen Ressourcen für die Bewältigung der Informationsflut und der Koordinierungsaufgaben zu verstärken sowie auf effizientere schlanke Strukturen zu achten.

Der vom Verfassungsausschuss des Nationalrates diesbezüglich am 25.02.2010 vorgelegte Vorschlag für eine **Lissabon Begleitnovelle** entspricht jedoch keineswegs diesen Vorstellungen, insbesondere wird der Bundesrat in der Mitwirkung von EU Angelegenheiten nicht aufgewertet. Seitens des Vorarlberger Landtags wird jedoch nachdrücklich eine wirkungsvolle Einbindung des Bundesrates und der Landtage in den europäischen Gesetzgebungsprozess gefordert. In diesem Zusammenhang wurde auch auf das Regierungsprogramm, soweit sie sich auf die Europäische Union bezieht, hingewiesen (Kapitel "Leistungsfähiger Staat", H. 1. – 3. S. 249).

Die Landtagspräsidentin und Vorsitzende des EU Ausschusses des Vorarlberger Landtages Dr. Bernadette Mennel hat in der Stellungnahme vom 08.03.2010 nach Abstimmung im Erweiterten Präsidium dies klar thematisiert und unter anderem 3 wesentliche Punkte eingefordert:

- Dem Bundesrat soll die Möglichkeit einer die Bundesregierung bindenden Stellungnahme zu einem EU-Vorhaben immer dann zukommen, wenn der geplante Rechtsakt Landeskompetenzen berührt.
- Der Bundesrat soll die Stellungnahmen der Landtage im Verfahren der Subsidiaritätskontrolle berücksichtigen und die Landtage über alle Beschlüsse informieren müssen.
- Der Bundesrat soll, wenn ein EU-Vorhaben das Subsidiaritätsprinzip verletzt, zumindest dann ein Klagerecht erhalten, wenn Landeskompetenzen berührt sind.

Diese Stellungnahme wird von den Vorarlberger Bundesräten in vollem Umfang mitgetragen und stellt einerseits nicht nur die Mitwirkung der Länder sicher, sondern stärkt andererseits auch die Stellung des Bundesrates, weil nur unter diesen Voraussetzungen die Subsidiaritätsklage des Bundesrates ein wirkungsvolles Instrument darstellt.